

## Protokoll 129. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 20. Juni 2012, 17.00 Uhr bis 18.56 Uhr, im Rathaus

---

Vorsitz: Präsident Albert Leiser (FDP)

Beschlussprotokoll: Sekretär Mark Richli (SP)

Anwesend: 117 Mitglieder

Abwesend: Irene Bernhard (GLP), Marlène Butz (SP), Guido Hüni (GLP), Philipp Käser (GLP), Claudia Rabelbauer-Pfiffner (EVP), Lucia Tozzi (SP), Jean-Claude Virchaux (CVP), Dr. Richard Wolff (AL)

---

Der Rat behandelt aus der vom Präsidenten erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

- |    |                          |   |  |     |
|----|--------------------------|---|--|-----|
| 1. |                          | Mitteilungen  |  |     |
| 2. | <a href="#">2012/189</a> | Eintritt von Rolf Müller (SVP) anstelle des zurückgetretenen Urs Weiss (SVP) für den Rest der Amtsdauer 2010–2014 |  |     |
| 3. | <a href="#">2012/241</a> | *   | Bericht des Datenschutzbeauftragten für das Jahr 2011  | DSB |
| 4. | <a href="#">2010/153</a> | *   | Weisung vom 06.06.2012:<br>Motion der SP-, SVP- und der Grüne-Fraktion betreffend Erlass eines Reglements über städtische Vertretungen in Organen von Drittinstitutionen, Bericht und Abschreibung   | FV  |
| 5. | <a href="#">2012/231</a> | *   | Weisung vom 06.06.2012:<br>Rechnung 2012, Trimesterbericht I/2012 zu den Globalbudgets   | STR |
| 6. | <a href="#">2012/232</a> | *   | Weisung vom 06.06.2012:<br>Elektrizitätswerk, Bergeller Kraftwerke, Projektierung Kraftwerksprojekt Bodea, Erhöhung neuer Ausgaben und Vorinvestitionskredit   | VIB |
| 7. | <a href="#">2012/244</a> | *   | Weisung vom 13.06.2012:<br>Motion von Dr. Martin Sarbach (SP) und Markus Knauss (Grüne) betreffend Parkplatz-Überhang, Erlass einer Verordnung für dessen Abbau, Bericht und Antrag auf Abschreibung | VTE |
| 8. | <a href="#">2012/235</a> | *   | Postulat von Eva-Maria Würth (SP) vom 06.06.2012:<br>Gewährleistung der öffentlichen Zugänglichkeit für den «Garten der Künste» beim Kunsthaus-Neubau  | STP |

- |     |                                 |   |     |
|-----|---------------------------------|---|-----|
| 9.  | <a href="#">2012/236</a> *<br>E | Postulat von Thomas Schwendener (SVP), Dr. Daniel Regli (SVP) und 21 Mitunterzeichnenden vom 06.06.2012:<br>Massnahmen zur Verbesserung der Informationspolitik im Zusammenhang mit der geplanten Unterbringung von Asylsuchenden sowie frühzeitige Mitteilung vorgesehener Standorte für Asylzentren der AOZ | VS  |
| 10. | <a href="#">2012/211</a> *<br>A | Postulat von Ruth Anhorn (SVP) und Ruggero Tomezzoli (SVP) vom 23.05.2012:<br>Entlassung einer Anzahl Schulhäuser in stark wachsenden Quartieren aus dem «Spezialinventar»  | VHB |
| 11. | <a href="#">2012/113</a>        | Weisung vom 21.03.2012:<br>Finanzverwaltung, Genehmigung der Rechnung 2011  | FV  |
- \* Keine materielle Behandlung

## Mitteilungen

Die Mitteilungen des Ratspräsidenten werden zur Kenntnis genommen.

## Geschäfte

### 2820. [2012/189](#) **Eintritt von Rolf Müller (SVP) anstelle des zurückgetretenen Urs Weiss (SVP) für den Rest der Amtsdauer 2010–2014**

In Anwendung von § 108 des Gesetzes über die politischen Rechte (GPR) hat der Stadtrat mit Beschluss vom 18. April 2012 anstelle von Urs Weiss (SVP 9) mit Wirkung ab 14. Juni 2012 für den Rest der Amtsdauer 2010 bis 2014 als gewählt erklärt:

Rolf Müller (SVP 9), El. Ing. EurEta, geboren am 25. April 1955, von Wiliberg/AG, Hardgutstrasse 28, 8048 Zürich

### 2821. [2012/241](#) **Bericht des Datenschutzbeauftragten für das Jahr 2011**

Art. 37 Abs. 3 GO: Überweisung an die GPK

**2822. 2010/153****Weisung vom 06.06.2012:****Motion der SP-, SVP- und der Grüne-Fraktion betreffend Erlass eines Reglements über städtische Vertretungen in Organen von Drittinstitutionen, Bericht und Abschreibung**

Die Zuweisung an die SK FD gemäss Antrag des Stadtrats war an der Bürositzung vom 18. Juni 2012 umstritten.

Martin Abele (Grüne) stellt den Antrag auf Zuweisung an die GPK.

Alecs Recher (AL) beantragt, das Geschäft der SK FD zuzuweisen.

Der Rat stimmt dem Antrag von Martin Abele (Grüne) mit 91 gegen 24 Stimmen zu.

Damit ist das Geschäft der GPK überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

**2823. 2012/231****Weisung vom 06.06.2012:****Rechnung 2012, Trimesterbericht I/2012 zu den Globalbudgets**

Zuweisung an die RPK gemäss Beschluss des Büros vom 18. Juni 2012

**2824. 2012/232****Weisung vom 06.06.2012:****Elektrizitätswerk, Bergeller Kraftwerke, Projektierung Kraftwerksprojekt Bondea, Erhöhung neuer Ausgaben und Vorinvestitionskredit**

Zuweisung an die SK TED/DIB gemäss Beschluss des Büros vom 18. Juni 2012

**2825. 2012/244****Weisung vom 13.06.2012:****Motion von Dr. Martin Sarbach (SP) und Markus Knauss (Grüne) betreffend Parkplatz-Überhang, Erlass einer Verordnung für dessen Abbau, Bericht und Antrag auf Abschreibung**

Zuweisung an die SK PD/V gemäss Beschluss des Büros vom 18. Juni 2012

**2826. 2012/235****Postulat von Eva-Maria Würth (SP) vom 06.06.2012:****Gewährleistung der öffentlichen Zugänglichkeit für den «Garten der Künste» beim Kunsthaus-Neubau**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Stadtpräsidentin namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Namens der Grüne-Fraktion stellt Markus Knauss (Grüne) den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

**2827. 2012/236**

**Postulat von Thomas Schwendener (SVP), Dr. Daniel Regli (SVP) und 21 Mitunterzeichnenden vom 06.06.2012:  
Massnahmen zur Verbesserung der Informationspolitik im Zusammenhang mit der geplanten Unterbringung von Asylsuchenden sowie frühzeitige Mitteilung vorgesehener Standorte für Asylzentren der AOZ**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Sozialdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegzunehmen.

Es wird weder ein Ablehnungs- noch ein Textänderungsantrag gestellt.

Damit ist das Postulat dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

**2828. 2012/211**

**Postulat von Ruth Anhorn (SVP) und Ruggero Tomezzoli (SVP) vom 23.05.2012:  
Entlassung einer Anzahl Schulhäuser in stark wachsenden Quartieren aus dem «Spezialinventar»**

Beschlussfassung über den Antrag auf Dringlichkeit von Ruth Anhorn (SVP) vom 13. Juni 2012 (vergleiche Protokoll-Nr. 2799/2012)

Die Dringlicherklärung wird von 48 Ratsmitgliedern unterstützt, womit das Quorum (63 Stimmen = Mehrheit der Ratsmitglieder gemäss Art. 88 Abs. 2 GeschO GR) nicht erreicht ist.

Mitteilung an den Stadtrat

**2829. 2012/113**

**Weisung vom 21.03.2012:  
Finanzverwaltung, Genehmigung der Rechnung 2011**

Vergleiche Bericht und Anträge der Rechnungsprüfungskommission vom 11. Juni 2012

Eintretensdebatte:

Roger Liebi (SVP) stellt den Bericht der RPK zur Rechnung 2011 vor.

Fraktionserklärungen: siehe Protokoll Nrn. 2830–2836

An den nachfolgenden Fraktionserklärungen werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

**2830. 2012/252****Erklärung der SP-Fraktion vom 20.06.2012:  
Rechnung 2011**

Namens der SP-Fraktion verliest Min Li Marti (SP) folgende Fraktionserklärung:

Für eine vernünftige Finanzpolitik mit Augenmass und gegen die bürgerliche Kürzungspolitik

Die Stadt Zürich hat das Rechnungsjahr 2011 mit einer roten Null abgeschlossen. Angesichts der unsicheren Konjunktur und weiteren Unwägbarkeiten ist dieses Ergebnis sehr erfreulich. Umso mehr zeigt es sich, dass das sogenannte "Sparbudget 2011" der bürgerlichen Kürzungscoalition eine unnötige Übung war, die sehr viel Ressourcen gebunden hat, die man besser zu Gunsten der Stadtbevölkerung investiert hätte.

Das Eigenkapital der Stadt Zürich bleibt hoch und ermöglicht auch in Zukunft eine konstante Finanzpolitik. Personal- wie auch Sachaufwand sind tiefer als budgetiert. Der Sachaufwand liegt über 200 Millionen Franken unter Budget und ist auch gegenüber der Rechnung 2010 zurückgegangen. Die Steuererträge der juristischen Personen haben gegenüber der Rechnung 2010 leicht zugenommen, liegen aber unter Budget. Diejenigen der natürlichen Personen sind leicht zurückgegangen. Diese Entwicklung wird jedoch durch Zuwachs bei der Quellensteuer und der Grundstücksgewinnsteuer kompensiert, so dass die Steuereinnahmen gegenüber 2010 weiterhin im Steigen begriffen sind. Der SP ist es ein Anliegen, dass sowohl bei den Quartieren wie auch beim Branchenmix auf eine breite Durchmischung gesetzt wird, um das Klumpenrisiko abzumildern und zu verhindern, dass Bewohnerinnen und Bewohner aus Zürich verdrängt werden.

Die Nettoinvestitionen waren gegenüber dem Budget tiefer (741 Millionen statt 1'003 Millionen Franken). Die Investitionen bleiben wichtig für den Standort, da sie dem Gewerbe und den KMU wichtige und konjunkturstützende Aufträge verschaffen. Mit dem Bevölkerungswachstum müssen auch die öffentlichen Dienstleistungen ausgebaut werden. Als Beispiel kann der Ausbau der Hortbetreuung genannt werden. Die Umsetzung ist richtig und wird sowohl von der kantonalen Gesetzgebung als auch seitens der Eltern gefordert. Die SP verlangt hier eine korrekte Budgetierung der Stellenwerte für die kommenden Jahre.

Die Zusatzleistungen zu AHV und IV wie auch – weniger stark – die Sozialhilfe sind weiterhin im Steigen begriffen. Dies ist in erster Linie auf höhere Krankenkassenprämien und Pflegekosten zurückzuführen, aber auch auf die Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung. Im Spital- und Pflegefinanzierungsbereich bestehen weiterhin grosse Unsicherheiten. Die neuen Finanzierungsmodelle werden die Stadt auf Jahre hinaus stark belasten. Die Tendenz, dass Bund und Kanton immer weitere Kosten auf die Gemeinden überwälzen, lehnt die SP entschieden ab.

Die Finanzen der Stadt Zürich sind kerngesund: Die von den bürgerlichen Parteien immer wieder geforderte Kürzungspolitik entbehrt jeglicher Grundlage. Die SP steht für eine verlässliche Finanzpolitik mit Augenmass ein – im Interesse der Stadt Zürich und ihrer Bevölkerung.

**2831. 2012/253****Erklärung der SVP-Fraktion vom 20.06.2012:  
Rechnung 2011**

Namens der SVP-Fraktion verliest Dr. Daniel Regli (SVP) folgende Fraktionserklärung:

Stadt Zürich auf dem Weg zur ruinösen Wirtschaftspolitik der Euro-Genossen

Die detaillierte Prüfung der Rechnung 2011 der Stadt Zürich bestätigt die SVP darin, dass die konzertierte Budgetrückweisung im Dezember 2011 für verantwortungsbewusste Politiker und Parteien alternativlos war. Die Rechnung der Stadt Zürich schliesst mit einem Aufwandüberhang von rund CHF 6 Mio. Franken ab – nach links-grüner Diktion gleichzusetzen mit einem ausgeglichenen Haushalt oder anders ausgedrückt einer roten Null.

Ein Blick auf die wirtschaftliche Gesamtentwicklung in der Schweiz relativiert allerdings das wie gewohnt positiv verfärbte Bild der Stadtregierung. So stieg das BIP (Bruttoinlandprodukt) in der Schweiz 2010 um 2.7% und 2011 um 2.4%, währendem für 2012 und 2013 mit teils massiv schwächerem Wachstum gerechnet wird. Trotzdem brachten es die 9 Schönwettergenossen der Stadtregierung und die links-grün-orange Mehrheit dieses Rates fertig, in beiden Jahren defizitäre Rechnungen zu präsentieren. Dies wiegt umso schwerer als dass der städtische Säckelmeister von rekordtiefen Zinsen profitieren kann, dies aber weniger zur Entlastung des Schuldendienstes nutzt, sondern im Gegenteil die Schulden noch ausweitet. Das kommt zumindest der SVP bekannt vor – es entspricht dem mehrjährigen Finanzgebaren der europäischen Genossen in Gemeinden, Ländern und Staaten. Die Resultate sind bekannt.

Besonders bedenklich bleibt weiterhin der Trend beim Personalaufwand. Die Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals übertreffen das Budget erneut um 1.6 Millionen Franken. Dabei sind Lehrerlöhne und

Abgeltungen an den Kanton für Lehrer noch nicht eingerechnet. Gegenüber 2010 wird unter dem Budgetposten 3010 10 Millionen Franken, gegenüber 2009 sogar 53 Millionen Franken mehr ausgegeben. Und dies vor dem Hintergrund einer sich massiv verschlechternden Konjunktur rund um die Schweiz herum und der faktischen Aufgabe des Finanzplatzes durch die Zürcher Stadtpräsidentin.

Der deutlich schlechter als erwartete Steuerertrag konnte nur durch die weiterhin massive Zuwanderung einigermaßen aufgefangen werden, fielen doch die Quellensteuereinnahmen um 47 Millionen Franken höher aus als erwartet. Bilanzverbesserung durch Massenzuwanderung – Zürich zahlt in punkto Lebensqualität (verdichtetes Wohnen, Mietpreise, volle Strassen, übervolle Trams, die nun schon handfeste Einschieber am Bellevue benötigen, Energieverbrauch, Wasserverbrauch, Grünflächenreduktion, usw.) einen wahrhaft teuren Preis zur Erhaltung einer ausgeglichenen Rechnung!

Besonders erstaunt in Bezug auf die Lohnaufwandsentwicklung ist die SVP auf der anderen Seite von der Tatsache, dass trotz dem damaligen Wehklagen der linken Parteien und ihrer Stadträte wegen der angeblichen Streichung von Polizeistellen aus dem ursprünglichen Budget des Stadtrates und der angeblichen lebensbedrohenden Nichtgewährung von zusätzlichen Hebammestellen im Stadtspital Triemli ausgerechnet in diesen beiden Rechnungskreisen sogar noch 2.5 Millionen bzw. 3.7 Millionen Franken weniger als im gekürzten Budget 2011 ausgegeben wurde. Die Beurteilung zur Annahme oder Ablehnung der Rechnung hing und hängt bei der SVP nicht von der Grösse des Überschusses oder des Defizits ab, vielmehr geht es darum, die operative Entwicklung zu bewerten. Die in der Rechnung 2011 gegenüber dem Budget ausgewiesene Resultatsverbesserung von 51 Millionen Franken kam u.a. durch folgende Faktoren zustande:

- Auflösung von Rückstellungen beim ewz: 33 Millionen Franken
- Energiehandel ewz: Nettoverbesserung 18 Millionen Franken
- Weniger Abschreibungen: 20 Millionen Franken
- Verzicht auf Planung von Wohnsiedlungen durch Dritte: 4.3 Millionen Franken
- Verzicht auf Altlastensanierungen: 4.5 Millionen Franken
- Verzicht auf Unterhaltsarbeiten: 30 Millionen Franken

Die Ergebnisverbesserung von einem markanten Defizit zu einer roten Null ist aus Sicht der SVP auf buchhalterische Massnahmen, dem Verzicht auf Wohnungsplanung, was angesichts der in der Vergangenheit von rot-grün überlaut propagierten Wohnbauinitiativen geradezu einer Verhöhnung der Stimmbewölkerung gleichkommt, und des Unterhaltverzichts zurückzuführen. Die wahren Klumpenrisiken blieben einmal mehr unangetastet. Namentlich ist der weitere Anstieg der Schulden auf nunmehr 8.7 Milliarden Franken besorgniserregend – insbesondere im Hinblick auf die Anspruchsmentalität von links-grün und die besonderen exogen verursachten ökonomischen Herausforderungen der nächsten Jahre.

Deshalb kann es für die SVP nur eine Entscheidung geben: Rechnung 2011 ablehnen, Décharge verweigern!

## 2832. 2012/254

### **Erklärung der FDP-Fraktion vom 20.06.2012: Rechnung 2011**

Namens der FDP-Fraktion verliest Dr. Urs Egger (FDP) folgende Fraktionserklärung:

Die links-grüne Ausgabenwut wird diszipliniert

Die FDP nimmt das heute präsentierte Ergebnis der Rechnung 2011 mit Genugtuung zur Kenntnis. Das Budget 2011 war dank der disziplinierten bürgerlichen Mehrheit ausgeglichen verabschiedet worden. Schon kurz nach der Abstimmung im März 2011 wurden jedoch bereits wieder neue Ausgaben vom Gemeinderat gegen den Willen der FDP beschlossen. Dabei wurden verschiedene vom Stadtrat gekürzte Ausgaben wie z.B. die Lunchchecks via Zusatzkredite wieder ins Budget aufgenommen. Aufgrund dieser Beschlüsse musste ein Defizit von 58 Mio. Franken befürchtet werden. Erfreulich ist, dass der freisinnige Stadtrat Martin Vollenwyder eine hohe Ausgabendisziplin durchsetzen konnte und somit das Defizit mit 6 Mio. Franken wesentlich geringer ausfällt als budgetiert. Insbesondere der Sachaufwand liegt mit mehr als 200 Mio. Franken tiefer als budgetiert. Da die Netto-Investitionen um fast 300 Mio. Franken nicht ausgeschöpft wurden, fielen auch die Abschreibungen geringer aus.

Entgegen der links-grünen Schwarzmalerei des Totsparens hat sich herausgestellt, dass die Stadt trotz des abgespeckten Budgets weiterfunktionierte. Auch der angedrohte Investitionsstau angesichts des Budgets 2011 hat sich als geringer herausgestellt als heraufbeschworen.

Der Steuerertrag liegt mit einer Abweichung von 20 Mio. Franken nahezu im Rahmen der budgetierten 2.4 Mrd. Franken. Dieser Betrag war im Vorfeld von Kritikern als zu optimistisch eingeschätzt worden. Einmal mehr hat sich aber die Prognosegenauigkeit des freisinnigen Finanzvorstandes als richtig erwiesen. Mit 168

Mio. Franken gingen deutlich mehr Quellensteuern ein als budgetiert. Somit erweist sich die Personenfreizügigkeit nicht nur für die Wirtschaft, sondern auch für die städtischen Finanzen als Segen. Denn nur so konnten die auch 2011 nicht fliessenden Steuereinnahmen der Grossbanken kompensiert werden.

Leider nicht geändert haben sich die stets wachsenden Begehrlichkeiten von Links-Grün. Sie stellen keinen Zusammenhang zwischen Ertrag und Ausgaben her. Dies schlug sich 2011 in der Bewilligung von 57 Mio. Franken an Zusatzkrediten nieder. Ohne diese Forderungen wäre es 2011 sogar möglich gewesen, Eigenkapital aufzubauen. Hinzu kommen unrealistische populistische Volksinitiativen wie z.B. die vom Volk angenommene Ausdehnung des Anteils des gemeinnützigen Wohnungsbaus. Dies wird die Stadt Zürich in den nächsten Jahren Milliarden von Franken kosten. Für die FDP gibt es keinen Grund, von ihrer Finanzstrategie im Hinblick auf die kommenden Jahre abzuweichen, nämlich weiterhin ein ausgeglichenes Budget zu verlangen.

Sorgen bereiten der FDP die ins Unermessliche steigenden Kosten im Betreuungsbereich. Das jüngste Beispiel sind die 100 zu viel eingestellten Stellen im Schul- und Sportdepartement (SSD). Die FDP erwartet von der eingesetzten Task Force eine sorgfältige Abklärung. Sollten die Antworten für die FDP unbefriedigt ausfallen, wird sie eine Untersuchung durch die GPK beantragen wie damals bei der Sozialhilfe unter Bekanntgabe der verantwortlichen Personen.

### 2833. 2012/255 Erklärung der Grüne-Fraktion vom 20.06.2012: Rechnung 2011

Namens der Grüne-Fraktion verliest Karin Rykart Sutter (Grüne) folgende Fraktionserklärung:

Ausgeglichene Rechnung 2011 – Rückblick auf eine kläglich gescheiterte Profilierungsübung

Blenden wir zurück: eine sparwütige Allianz von SVP, FDP, GLP, CVP und EVP wies das Budget 2011 zurück. Ohne ein Wort darüber zu verlieren, wie und wo 220 Millionen Franken eingespart werden sollen, übergaben sie vertrauensvoll ihre Verantwortung dem rot-grünen Stadtrat. Ein Akt, der nur aufgrund einer einmaligen Konstellation möglich wurde:

- eine SVP, welche immer und fast überall sparen will – und am liebsten die ganze Stadtverwaltung zu einem KMU zusammenschumpfen lassen möchte;
- eine FDP, welche ihrem Finanzvorstand in den Rücken fiel;
- eine GLP, welche der Verwaltung von Anfang an mit viel Misstrauen begegnete;
- eine CVP, welche den Höhepunkt ihrer Wankelmütigkeit und den Tiefpunkt ihres Selbstvertrauens erreicht hatte; und
- eine EVP, deren Schwäche von ihren Partnern schamlos ausgenutzt wurde

Die Rechnung 2011 schliesst nun mit einem Aufwandüberschuss von 5,8 Millionen Franken ab. Dieses vordergründig erfreuliche Resultat kam zustande, weil dem Personal viel genommen wurde - keine Lohnmassnahmen, keine Lunch- und Reka-Checks, weniger Beiträge für Aus- und Weiterbildung usw. Das städtische Personal war zu Recht erzürnt, und der Schaden war bereits angerichtet, als danach die Lunch-Checks und eine Million Franken für Prämien wieder mittels Zusatzkrediten ins Budget genommen wurden.

Für die städtische Verwaltung war diese hysterische Sparübung vor allem mit Mehrarbeit, Verzögerungen und Ärger verbunden. Nachhaltiges Sparen sieht anders aus. Die meisten Ausgaben wurden nur verschoben – und nicht aufgehoben. So auch bei den Investitionen: mit 873.8 Millionen Franken wurden die bewilligten Ausgaben nur zu 75.6% ausgeschöpft.

Der städtische Finanzhaushalt ist gesund. Wer etwas anderes behauptet, kennt sich entweder nicht aus oder malt bewusst schwarz, um politischen Profit daraus zu schlagen. Das Eigenkapitalpolster ist mit 714,1 Millionen Franken komfortabel, die Steuereinnahmen sind im 2011 nochmals gestiegen, wobei die juristischen Personen mehr Steuern bezahlt haben, als dies budgetiert wurde – notabene ohne, dass die beiden Grossbanken namhafte Beträge bezahlt haben. Auch lebt Zürich vermehrt von der viel geschmähten Migration in Form von mehr Quellensteuern.

Es ist nun müssig zu diskutieren, wie der Rechnungsabschluss ausgesehen hätte, wenn das Budget im Dezember 2010 nicht zurück gewiesen worden wäre. Die Grünen sind aber nach wie vor der Meinung, dass mit dieser Übung unnötig viel Geschirr zerschlagen wurde und die Nebenwirkungen beziehungsweise der Kollateralschaden gross waren. Das Personal wird so rasch nicht vergessen, was damals passiert ist.

Was bleibt, ist das Bild eines Gemeinderates, welcher kopf- und herzlos einen finanzpolitischen Entscheid gefällt hat – der keinerlei nachhaltigen Spareffekt bewirkt hat. Und es bleibt das Bild eines rot-grünen Stadtrates, welcher die Herausforderung angenommen hat und sie im Rahmen des Machbaren gut gelöst hat. Ob dies im Sinne der sparwütigen Allianz war, ist zu bezweifeln.

Die Grüne Fraktion möchte sich bei allen bedanken, welche sich trotz der widrigen Umstände für das gute Ergebnis eingesetzt haben.

#### 2834. 2012/256

#### Erklärung der GLP-Fraktion vom 20.06.2012:

#### Rechnung 2011

Namens der GLP-Fraktion verliest Samuel Dubno (GLP) folgende Fraktionserklärung:

Und sie bewegt sich doch...

Die Grünliberalen sind nach wie vor überzeugt, dass die Budgetrückweisung vor etwas mehr als einem Jahr richtig war. Der düsteren Prognosen haben sich nicht bewahrheitet. Ohne den Schulterchluss der rückweisenden Parteien präsentierte sich das Bild der städtischen Finanzen heute schlechter.

Gross war das Gezeter als die Mehrheit des Gemeinderats das städtische Budget 2011 mit einem prognostizierten Aufwandüberschuss von rund 220 Millionen Franken zurückwies und ein ausgeglichenes Budget verlangte. Die Bilder, welche die unterlegene Seite für die Zukunft der Stadt Zürich entwarfen, waren zapenduster. Heute stellen wir fest: Nichts von all dem ist eingetroffen. Allen Unkenrufen zum Trotz funktioniert die Stadt gut und ist nach wie vor äusserst attraktiv. Mehr noch: Gerade eben wurde Zürich wieder einmal zur lebenswertesten Stadt der Welt gekürt.

Die RPK hat in ihren Rückfragen zur Rechnung auch nach möglichen Auswirkungen des Notbudgets respektive des Budgets 2011, Variante B gefragt. Die Antworten aus der Verwaltung waren äusserst aufschlussreich, das Gros tönt ungefähr wie folgt:

- «Absage von noch nicht kommunizierten, aber geplanten Veranstaltungen (z.B. Kontakt-Lunch des Stadtrates mit VertreterInnen der Zürcher Wirtschaft vom Januar 2011)»
- «Nicht unmittelbar dringende Unterhaltmassnahmen wurden aufgeschoben.»
- «In unserem Departement sind keine wesentlichen Verzögerungen aufgetreten.»
- «Bestellungsrückgang im Printshop, da die Dienstabteilungen weniger Aufträge erteilten.»
- «Durch die verzögerte Vergabe von Drittaufträgen kamen einige Projekte (wie zum Beispiel die Entwicklung städtebaulicher Studien und Leitbilder) in Verzug.»
- «Die «Elternbroschüre» wurde nur inhaltlich angepasst, auf eine grafische Neugestaltung wurde verzichtet.»

Und unser Liebling:

- «Reduzierung der Kosten von bereits öffentlich angesagten Veranstaltungen (namentlich 'Braucht Zürich visionäre Projekte?')»

Das tönt doch eher nach vernünftigen Möglichkeiten generell sparsam mit den finanziellen Mitteln umzugehen, als nach Verzweiflung.

Natürlich gab es auch vereinzelt Departemente und Dienstabteilungen, die stärker betroffen und die Einschnitte aus unserer Warte unerwünscht waren. Wir bedauern das. Allerdings trägt dafür in erster Linie der Stadtrat die Verantwortung. Erstens war er fürs Verteilen der Einsparungen verantwortlich, zweitens hat dieser Rat Zusatzkredite in der Höhe von rund 60 Millionen Franken bewilligt und die Rechnung schliesst nun mit einer roten Null ab und drittens demonstriert der Stadtrat immer wieder, dass er, wenn er den Willen hat, jeweils auch einen Weg findet, ihn umzusetzen und zu finanzieren.

Angesichts des präsentierten Resultats und der unsicheren Zukunft sowohl im Bezug auf das wirtschaftliche Umfeld als auch hinsichtlich der Verteilung von Aufgaben und Kosten unter den verschiedenen Akteuren der öffentlichen Hand sehen sich die Grünliberalen bestätigt, den Rückweisungsentscheid vom vergangenen Jahr mitgetragen zu haben.

Die städtischen Finanzen präsentieren sich heute, auch dank dieser Rückweisung, im grossen Ganzen und verglichen mit anderen öffentlichen Haushalten solide. Das ist erfreulich, aber kein Grund für überbordende Begehrlichkeiten.

Wir sind uns bewusst, dass die Verwaltung vor grossen Herausforderungen stand und wir finden, dass sie diese recht gut gemeistert hat. Dem Dank der RPK für die Haushaltsdisziplin der städtischen Verwaltungen schliessen wir uns deshalb gerne an.

**2835. 2012/257****Erklärung der CVP-Fraktion vom 20.06.2012:  
Rechnung 2011**

Namens der CVP-Fraktion verliest Christian Traber (CVP) folgende Fraktionserklärung:

Rechnung 2011 besser als erwartet – Zürich auf dem richtigen Weg!

Die Fraktion der CVP nimmt die Rechnung 2011 mit Genugtuung zur Kenntnis.

Das verzeichnete Defizit von 5.8 Mio. Franken ist zwar ein Defizit, gibt aber in Relation zur Grösse des Haushalts der Stadt Zürich keinen Anlass zur Besorgnis. Nach wie vor erfreulich sind die Ergebnisse der Gemeindebetriebe, welche auch 2011 grosse Beträge an die Stadtkasse ablieferten. Ein positives Zeichen setzt auch die Verwaltung selber, realisierte sie doch Einsparungen von 55 Mio. gegenüber dem Budget.

Die Steuererträge sind zwar dank Zunahme der Grundstückgewinn- sowie Quellensteuern gesamthaft gesehen stabil – der Rückgang der Steuererträge der in der Stadt ansässigen natürlichen und juristischen Personen zeigt aber, dass die Banken- und Währungskrise nach wie vor Auswirkungen auf die Steuererträge hat. Ein Blick auf das wirtschaftliche Umfeld zeigt, dass die Steuererträge wohl auch in den nächsten Jahren nicht auf dem jetzigen Niveau gehalten werden können. Diesem Sachverhalt ist – ohne dabei in Panik auszubrechen – zukünftig vermehrte Aufmerksamkeit zu schenken.

Die hohe Qualität des Lebens- und Wirtschaftsstandortes Zürich ist aus Sicht der CVP jedoch zu erhalten, denn hier liegt aus Sicht der Fraktion der CVP der Schlüssel für den langfristigen Erfolg unserer Stadt.

Trotz dem positiven Ergebnis der Rechnung 2011 bleibt die laufende, strenge Überprüfung der städtischen Ausgaben für die CVP-Fraktion ein wichtiger Auftrag an den Stadtrat. Die nächsten Jahre werden für die Stadt Zürich aus finanzpolitischer Sicht nach wie vor schwierig werden und es ist unerlässlich, auch zukünftig an restriktiven Budgetvorgaben festzuhalten. Hier steht aber auch das Parlament in der Verantwortung, welches immer mehr Aufgaben an die Verwaltung delegiert.

Die erneute Erhöhung der Stellenzahl im 2011 von rund 210 Stellen gegenüber der Rechnung 2010, stellt aus Sicht der CVP einen Trend in die falsche Richtung dar. Auch wenn die Stellenerhöhungen im Einzelnen gut begründet sind, steht die CVP dieser Entwicklung kritisch gegenüber.

Die Investitionsausgaben der Stadt Zürich konnten im Jahr 2011 weiter verstetigt werden, was einer wiederholten Forderung der CVP entspricht. Auch wenn ein hoher Nachholbedarf an Ersatz und Neuinvestitionen vorhanden ist, gibt es aus unserer Sicht keine sinnvolle Alternative zu verstetigten Investitionen. Hier ist der Stadtrat und das Parlament im Sinne der Priorisierung der Investitionsvorhaben stark gefordert.

Die CVP-Fraktion dankt dem Stadtrat sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Verwaltung für den verantwortungsvollen Umgang mit den vom Parlament zur Verfügung gestellten Mitteln. Ebenfalls in diesen Dank eingeschlossen sind die Anstrengungen der Stadt, weiterhin Ausbildungsplätze für junge Menschen in unserer Stadt zu schaffen.

**2836. 2012/258****Erklärung der AL-Fraktion vom 20.06.2012:  
Rechnung 2011**

Namens der AL-Fraktion verliest Alecs Recher (AL) folgende Fraktionserklärung:

Was bleibt, ist die Ohrfeige für das städtische Personal

Mit der Abnahme der Rechnung 2011 ziehen wir den Schlussstrich unter eine finanzpolitische Posse. Mit ihrer pauschalen Budgetrückweisung hat die bürgerliche Allianz die Verwaltung im Winter 2010/2011 ein halbes Jahr lang in Atem gehalten. Unmittelbar nach der Verabschiedung des überarbeiteten Budgets ist das grosse Bündnis mit viel Krach auseinandergebrochen. Heute halten wir Rückschau.

Mit drei Massnahmen hat Martin Vollenwyder im Winter 10/11 die Wünsche der rechten Kraftmeier (es waren wirklich nur Männer) erfüllt:

- Der Finanzvorstand hat erstens die Ertragsprognosen nach oben korrigiert. Wegen diesen Verschönerungen weist die Stadt 2011 erstmals seit dem Crash-Jahr 2007 wieder weniger Einnahmen aus, als budgetiert worden sind.
- Der Finanzvorstand hat zweitens der Verwaltung mit Pauschalkürzungen auf den üblichen Konten ein Programm verordnet, das angesichts des im Budget 1 ausgewiesenen Minus wohl nötig war. Laut erstaunlich einhelligen Aussagen aus den Dienstabteilungen hat man von diesen Sparmassnahmen in der Praxis kaum etwas bemerkt.

- Der Finanzvorstand – der auch oberster Personalchef der Stadt ist – hat als Drittes dem Personal den Gürtel enger geschnallt.

Die 70 Millionen, die er den Städtischen im Auftrag von SVP, FDP, GLP, CVP und EVP abgeknöpft hat, sind das, was von der gross angekündigten Rückweisung bleibt: Eine Ohrfeige für 25'000 Angestellte, die trotz der vom Stadtrat im Jahr 2012 eingestellten Zusatzausgaben nachhaltige Wirkung zeigt. Die Kosten einer verfehlten Personalpolitik des Gemeinderates werden selten direkt sichtbar. Dass sie höher sind, als die nicht ausgegebenen 70 Millionen Franken, wird jedoch kaum jemand bestreiten.

Die AL hat im Dezember 2010 den Vorschlag gemacht, statt der bürgerlichen Roskur eine moderate Budgetverbesserung ohne „Gürtel-enger-Schnallen“ in Auftrag zu geben. Der Rückblick auf unseren damaligen Kompromissvorschlag, der hüben und drüben auf Ablehnung stiess, bestärkt uns in unserer finanzpolitischen Grundhaltung.

Anzumerken bleiben zwei Dinge:

1. Die AL und die finanzpolitisch vernünftige Mehrheit des Gemeinderates hat mit dem Gemeindereferendum gegen die kantonale Unternehmenssteuerreform der Stadtkasse mehr Gutes getan als die bürgerliche Sparkoalition. Dank dem Referendum gegen die Abschaffung der Kapitalsteuer hat die Rechnung der Stadt in den Jahren 2011 und 2012 um je rund 30 Millionen Franken besser abgeschnitten, als von SVP und FDP vorgesehen. Nach dem Abstimmungswochenende vom 17. Juni sieht es ganz danach aus, dass das auch so bleiben wird.
2. Am 25. November gilt es, den nächsten bürgerlichen Angriff auf die städtischen Finanzen abzuwehren. Der Kahlschlag bei der Grundstückgewinnsteuer, die das HEV-Orchester von FDP, SVP und CVP im Kantonsrat durchgewürgt hat, würde der Stadtkasse jährlich weitere rund 30 Millionen Franken entziehen.

## 2829. 2012/113

**Weisung vom 21.03.2012:**

**Finanzverwaltung, Genehmigung der Rechnung 2011**

Namens des Stadtrats nehmen die Vorsteher des Finanz- und des Schul- und Sportdepartements Stellung.

Fraktionserklärungen: siehe Protokoll Nrn. 2830–2836

Eintreten ist unbestritten.

Schlussabstimmung zur Dispositivziffer 1

1. Die Verwaltungsrechnung 2011 der Stadt Zürich wird genehmigt.

Zustimmung:	Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Referentin; Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
Ablehnung:	Präsident Roger Liebi (SVP), Referent; Dr. Daniel Regli (SVP)
Enthaltung:	Walter Angst (AL)

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 89 gegen 24 Stimmen zu.

Schlussabstimmung zur Dispositivziffer 2

2. Aufgrund der Rechnung 2011 werden per Saldo Einlagen in die Bestandeskonten der Pilotbetriebe zulasten der Rechnung 2012 von Fr. 2 492 800.– genehmigt.

Zustimmung:	Präsident Roger Liebi (SVP), Referent; Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Dr. Daniel Regli (SVP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
-------------	--

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 116 gegen 0 Stimmen zu.

#### Schlussabstimmung zur Dispositivziffer 3

3. Die Rechnung 2011 der Asyl-Organisation Zürich (AOZ) mit einem Verlust von Fr. 1 132 180.63 wird – gestützt auf Art. 6, Ziff. 3 und 4 der Verordnung über die Asylorganisation Zürich vom 2. März 2005 – genehmigt.

Zustimmung: Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Referentin; Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)

Ablehnung: Präsident Roger Liebi (SVP), Referent; Dr. Daniel Regli (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 90 gegen 26 Stimmen zu.

#### Schlussabstimmung zur Dispositivziffer 4

4. Es wird zur Kenntnis genommen, dass die Rechnungen 2011 der Stiftung Wohnungen für kinderreiche Familien, der Stiftung Alterswohnungen der Stadt Zürich und der Stiftung zur Erhaltung von preisgünstigen Wohn- und Gewerberäumen der Stadt Zürich nach der Abnahme durch die jeweiligen Stiftungsräte dem Gemeinderat separat vorgelegt werden.

Zustimmende Kenntnisnahme: Präsident Roger Liebi (SVP), Referent; Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Dr. Daniel Regli (SVP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)

Ausstand: Daniel Meier (CVP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Roger Tognella (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 113 gegen 0 Stimmen zu.

Damit ist beschlossen:

1. Die Verwaltungsrechnung 2011 der Stadt Zürich wird genehmigt.
2. Aufgrund der Rechnung 2011 werden per Saldo Einlagen in die Bestandeskonten der Pilotbetriebe zulasten der Rechnung 2012 von Fr. 2 492 800.– genehmigt.
3. Die Rechnung 2011 der Asyl-Organisation Zürich (AOZ) mit einem Verlust von Fr. 1 132 180.63 wird – gestützt auf Art. 6, Ziff. 3 und 4 der Verordnung über die Asylorganisation Zürich vom 2. März 2005 – genehmigt.
4. Es wird zur Kenntnis genommen, dass die Rechnungen 2011 der Stiftung Wohnungen für kinderreiche Familien, der Stiftung Alterswohnungen der Stadt Zürich und der Stiftung zur Erhaltung von preisgünstigen Wohn- und Gewerberäumen der Stadt Zürich nach der Abnahme durch die jeweiligen Stiftungsräte dem Gemeinderat separat vorgelegt werden.

Mitteilung an den Bezirksrat und den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 27. Juni 2012 gemäss Art. 14 der Gemeindeordnung

## E i n g ä n g e

An den nachfolgenden Texten werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

### 2837. 2012/259

#### **Postulat von Hans Jörg Käppeli (SP) vom 20.06.2012: Haltestelle Sihlpost, Ausrüstung der Buskanten mit einem «Kasseler Sonderbord»**

Von Hans Jörg Käppeli (SP) ist am 20. Juni 2012 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie bei der Haltestelle Sihlpost die Buskanten in einem Pilotprojekt mit einem „Kasseler Sonderbord“ ausgerüstet werden können.

#### Begründung:

Bei der Haltestellen Sihlpost wird der Konflikt bezüglich der Höhe der Haltekante von kombinierten Tram-/ Bushaltestellen elegant vermieden. Die Haltestelle ist derart verlängert, dass je ein Haltebereich dem Tram bzw. dem Bus zugeordnet wird. Damit konnte der Haltebereich des Trams auf der gesamten Länge mit der hohen (30 cm), komfortablen und behindertengerechten Haltekante ausgerüstet werden. Der Busbereich ist mit der für den Bus passenden niedrigeren Haltekante ausgerüstet.

Der Abstand (1.45 m) der hohen Tramhaltekante zum Gleis richtet sich nach dem zulässigen Lichtraumprofil mit ausgeklapptem Trittbrett, bzw. dem möglichst geringen Spalt zwischen Haltekante und Trittbrett.

Leider wurde die Buskante in der Verlängerung der Tramkante erstellt. Dies führt dazu, dass ein Bus der möglichst nahe an der Buskante anhält, bei der Wegfahrt an der hohen Tramkante entlangschrammt und der Bus beschädigt wird. Die BusfahrerInnen wollen dies vermeiden und halten deshalb mit einem vergrösserten Abstand zur Bushaltekante an. Dadurch wird der Spalt zwischen Bus und Haltekante stark vergrössert. Damit wird der Vorteil von Niederflurbussen wieder zunichte gemacht. Das ist für Menschen mit einer Behinderung ein unüberwindbares Hindernis und für die übrigen BusbenützerInnen eine Komforteinbusse und birgt zudem eine grosse Stolpergefahr.

Dieses Problem kann vermieden werden, wenn die niedrige Buskante näher am Gleis (Abstand 1.35 m) erstellt wird. Das ist möglich, ohne dass das Tram bei ausgeklapptem Trittbrett mit der Buskante kollidiert falls es im Busbereich anhalten müsste.

Wenn die Buskanten gleichzeitig noch mit dem „Kasseler Sonderbord“ ausgerüstet würden, könnten die Busse ohne Spalt an der Haltekante anhalten. Das „Kasseler Sonderbord“ ist zudem so ausgebildet, dass die Pneus geschont werden.

Das „Kasseler Sonderbord“ könnte mit sehr geringen Kosten an der Haltestelle Sihlpost als Pilot getestet werden. Gestützt auf die praktischen Erfahrungen könnten dann geeignete weitere Haltestellen bei Neubauten oder Erneuerungen damit ausgerüstet werden.

#### Mitteilung an den Stadtrat

Das Postulat wird auf die Tagliste einer der nächsten Sitzungen gesetzt.

### 2838. 2012/260

#### **Schriftliche Anfrage von Roland Scheck (SVP) und Dr. Daniel Regli (SVP) vom 20.06.2012: Personal- und Sachaufwand für den Betrieb des Vermittlungs- und Rückführungszentrums (VRZ)**

Von Roland Scheck (SVP) und Dr. Daniel Regli (SVP) ist am 20. Juni 2012 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Im Rahmen einer Schriftlichen Anfrage GR Nr. 2012/109 von Dr. Daniel Regli und Roland Scheck betreffend Aufwand und Personaleinsatz für den Betrieb des Vermittlungs- und Rückführungszentrums (VRZ) vom 14. März 2012 wurde unter 4. und 5. die Frage gestellt, wie viel Arbeitszeit des VRZ-Personals die Behand-

lung einer zugeführten Person (Durchschnittswert) in den vergangenen Jahren in Anspruch nahm.

In seiner Antwort vom 06. Juni 2012 war der Stadtrat offensichtlich aber nicht bereit, die erwähnten Fragen 4. und 5. materiell zu beantworten und damit den durchschnittlichen Personalaufwand pro Klient/in offenzulegen.

Aus diesem Grund bitten wir um die entsprechenden Datengrundlagen, um die entsprechenden Durchschnittsberechnungen selber durchzuführen:

1. Wie viele Stellenprozente aus allen Departementen wurden in den Jahren 1995, 2000, 2005 und 2011 für das VRZ aufgewendet?
2. Welchen Personalaufwand verursachten diese Stellenprozente in den unter 1. genannten Jahren?
3. Welchen Sachaufwand verursachte das VRZ in den unter 1. genannten Jahren?
4. Wie viele Klient/innen wurden dem VRZ in den unter 1. genannten Jahren zugeführt und behandelt.

Mitteilung an den Stadtrat

## **K e n n t n i s n a h m e n**

### **2839. 2012/83**

**Schriftliche Anfrage von Aleks Recher (AL) vom 07.03.2012:  
«Universal Periodic Review» des UNO Hauptkommissariats für Menschenrechte,  
Kommunikation des Bundes und Stand der Umsetzung der Empfehlungen in der  
Stadt Zürich**

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 696 vom 6. Juni 2012).

### **2840. 2012/84**

**Schriftliche Anfrage von Marianne Dubs Früh (SP) und Michel Urben (SP) vom  
07.03.2012:  
Zürich Affoltern, Erschliessung durch den öffentlichen Verkehr**

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 721 vom 7. Juni 2012).

### **2841. 2012/105**

**Schriftliche Anfrage von Michael Baumer (FDP) vom 14.03.2012:  
Aufhebung des Vortritts an der Hofwiesenstrasse, Rechtsgrundlage der Verfü-  
gung während der laufenden Einsprachefrist sowie alternative Möglichkeiten zur  
Veloführung**

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 699 vom 6. Juni 2012).

### **2842. 2012/108**

**Schriftliche Anfrage von Andreas Hauri (GLP) und Samuel Dubno (GLP) vom  
14.03.2012:  
Nutzung der Social Media für die städtische Kommunikation**

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 704 vom 6. Juni 2012).

- 2843. 2012/109**  
**Schriftliche Anfrage von Dr. Daniel Regli (SVP) und Roland Scheck (SVP) vom 14.03.2012:**  
**Aufwand und Personaleinsatz für den Betrieb des Vermittlungs- und Rückführungszentrums (VRZ)**

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 700 vom 6. Juni 2012).

- 2844. 2011/77**  
**Weisung vom 16.03.2011:**  
**Elektrizitätswerk (ewz), Anpassung der Tarife des Elektrizitätswerkes der Stadt Zürich**

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 18. April 2012 ist am 24. Mai 2012 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 27. Juni 2012.

- 2845. 2012/61**  
**Weisung vom 29.02.2012:**  
**Elektrizitätswerk, Bau des Kraftwerks Tiefencastel Plus, Bewilligung Objektkredit**

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 18. April 2012 ist am 24. Mai 2012 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 27. Juni 2012.

- 2846. 2011/497**  
**Weisung vom 15.12.2011:**  
**Schauspielhaus Zürich AG, Überführung des «Jungen Schauspielhauses» in einen Dauerbetrieb und Fortführung der Subvention**

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 18. April 2012 ist am 24. Mai 2012 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 27. Juni 2012.

- 2847. 2011/328**  
**Weisung vom 14.09.2011:**  
**Tiefbauamt, Baulinienrevision im Quartier Oerlikon, Kreis 11, Anpassung der Baulinien an die Richtplanung und die Parzellierung des öffentlichen Grundes, Festsetzung**

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 18. April 2012 ist am 24. Mai 2012 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 27. Juni 2012.

**2848. 2011/501****Weisung vom 21.12.2011:  
Tiefbauamt, Baulinienvorlage Aargauerstrasse, Festsetzung**

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 18. April 2012 ist am 24. Mai 2012 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 27. Juni 2012.

**2849. 2010/148****Weisung 494 vom 07.04.2010:  
Tiefbauamt, Baulinienrevisionen im Quartier Affoltern, Kreis 11, Anpassung der Baulinien an die Richtplanung im Zusammenhang mit der Neufestsetzung des Kommunalen Verkehrsplans der Stadt Zürich und an die Parzellierung des öffentlichen Grundes, Festsetzung**

Die Stimmberechtigten der Stadt Zürich haben in der Gemeindeabstimmung vom 17. Juni 2012 über folgende Vorlage entschieden:

2010/148 Weisung 494 vom 07.04.2010:  
Baulinienrevisionen im Quartier Affoltern, Kreis 11, Anpassung der Baulinien an die Richtplanung im Zusammenhang mit der Neufestsetzung des Kommunalen Verkehrsplans der Stadt Zürich und an die Parzellierung des öffentlichen Grundes, Festsetzung

51'693 Ja      20'987 Nein

**2850. 2011/67****Weisung vom 09.03.2011:  
Volksinitiative «KMU-Förderungsinitiative», Ablehnung**

Die Stimmberechtigten der Stadt Zürich haben in der Gemeindeabstimmung vom 17. Juni 2012 über folgende Vorlage entschieden:

2011/67 und 2011/68 zwei Weisungen vom 09.03.2011:  
KMU-Artikel in der Gemeindeordnung: «Günstige Rahmenbedingungen und Beachtung der Regulierungsfolgen für die lokale Wirtschaft und die KMU» (Gegenvorschlag des Gemeinderats zu zwei Volksinitiativen)

63'412 Ja      10'142 Nein

**2851. 2011/68****Weisung vom 09.03.2011:  
Volksinitiative «KMU-Entlastungsinitiative», Ablehnung**

Die Stimmberechtigten der Stadt Zürich haben in der Gemeindeabstimmung vom 17. Juni 2012 über folgende Vorlage entschieden:

2011/67 und 2011/68 zwei Weisungen vom 09.03.2011:  
KMU-Artikel in der Gemeindeordnung: «Günstige Rahmenbedingungen und Beachtung

der Regulierungsfolgen für die lokale Wirtschaft und die KMU» (Gegenvorschlag des Gemeinderats zu zwei Volksinitiativen)

63'412 Ja      10'142 Nein

Nächste Sitzung: 20. Juni 2012, 20.30 Uhr.